



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

ρ.: Pariser Briefe.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

steht, um zu behaupten, daß die Reichsverfassung auch ohne den jetzigen Kanzler fortbestehen werde. Wie konnte der anwesende Fürst Bismarck anders, als seine Zustimmung ausdrücken, daß auf einen Kanzler mehr oder weniger nichts ankommen könne? Es giebt Fälle in denen die Aufrichtigkeit sich durchaus dem Anstand unterordnen muß, und in einen solchen Fall hatte Lascker den Fürsten Bismarck gebracht. Wir ändern aber sind nicht gehindert, aufrichtig zu sein, und nirgends ist die Aufrichtigkeit besser angebracht, als in diesem Falle. Die Lücke, welche Deutschlands Reich und Nation eines Tages durch das Fehlen des Fürsten Bismarck empfinden werden, ist unermeslich und unberechenbar in ihren Folgen. Aber der Vorwurf, daß die Reichsverfassung auf den Kanzler zugeschnitten sei, ist über alle Maßen albern. Für jetzt kann allerdings Niemand sagen, welches in Zukunft der entscheidende Faktor der Reichsverfassung sein wird, ob das Kaiserthum, das im Bundesrath collegialisch zusammengefaßte Reichsfürstenthum, oder endlich der Reichstag. Denn dies hängt davon ab, wo andauernd der richtigste Wille und die zuverlässigste Kraft zum Vorschein kommt. Jetzt handhabt das Genie des Fürsten Bismarck diese 3 Faktoren, je nachdem sie sich am wirksamsten zeigen. Was verlangt man nun von dem Fürsten? Er soll seine Persönlichkeit zur Ruhe setzen, dafür aber mit einem Zauberschlag die künftig entscheidende Macht der Reichsverfassung hervorrufen, die sich doch nur durch einen langen, arbeitsvollen, wechsel- und gefahrenreichen Prozeß der Geschichte bilden kann. So wundersüchtig, so abergläubisch sind Demokraten! Die gefährliche Arbeit wird und muß eines Tages beginnen. Aber jemehr, wenn dieser Tag kommt, die deutsche Nation fortgeschritten ist, unter der Führung eines bevorzugten Rüstzeuges der Geschichte, in großen Arbeiten der inneren und der äußeren Politik, um so besser für uns Alle, denn um so leichter wird es sein, daß die um das Uebergewicht streitenden Elemente den richtigen Weg, den Weg der wahren Volkswohlfaht im höchsten Sinne einschlagen, um zum Uebergewicht zu gelangen. Das begreift der Patriotismus, aber niemals die Demokratie.

C — r.

## Pariser Briefe.

Paris, 14. Februar 1874.

So leben wir denn wirklich in der Periode der Consolidation des Septenniums! Zwar will es noch Niemandem recht glaublich erscheinen; aber da

die bedeutendsten Staatsmänner es versichern, so muß es wohl wahr sein. Den Anfang hat der Cabinetschef Broglie selbst gemacht. Zur Einführung des neuen Matregesetzes erließ er eine Instruction an die Präfekten, welche ihrer politischen Thätigkeit als einzigen Hauptzweck die Unterstützung und Befestigung der Mac Mahon'schen Regierung auf die ihr durch den Beschluß der Nationalversammlung zugemessene Dauer vorzeichnete. Also wirklich 7 Jahre Republik und entschiedene Zurückweisung aller Bestrebungen, welche während dieser Frist an Stelle der Republik etwas anderes setzen möchten. Die Legitimisten fühlten sich betrogen; laut revoltirten ihre Blätter gegen das Broglie'sche Rundschreiben; sogar die gemäßigte „Gazette de France“ verkündete kühn: „La prorogation sera monarchique ou elle ne sera pas.“ Wieder einmal bot sich damit der republikanischen Linken die Gelegenheit, den trennenden Keil in die monarchische Coalition zu treiben. Sie wurde benützt. Eine von Gambetta und seinen Freunden gestellte Interpellation sollte Broglie zwingen, in offener Sitzung endlich einmal Farbe zu bekennen, den Standpunkt des Septenniums noch unumwundener darzulegen und den Bruch mit den Anhängern des Grafen v. Chambord vollständig zu machen. Die Nationalversammlung beschloß, die Interpellation sofort nach Beendigung der Debatte über die neuen Steuern auf die Tagesordnung zu setzen.

In welche Verlegenheit Broglie dadurch versetzt ward, liegt auf der Hand. Es mußte auf Mittel gesonnen werden, die gefährliche Klippe aus dem Wege zu schaffen. Ganz unerwartet übernahm der Präsident der Republik selbst die Rolle des deus ex machina. In einer bei einem Besuche des Pariser Handelsgerichts gehaltenen Ansprache gab er mit einer, dem Manne, der sich auf die Armee stützt, wohlanstehenden Zuversicht das Versprechen, daß die Ruhe und die staatliche Ordnung für die nächsten 7 Jahre vollkommen gesichert sei. Nunmehr, meinten die Broglie'schen Organe, habe die Interpellation keinen Zweck mehr. Aber Herr Gambetta dachte nicht daran sie zurückzuziehen und so schwebt sie noch heute als Damoklesschwert über dem Haupte des Vicepräsidenten. Zugleich aber war durch die Mac Mahon'sche Anrede die legitimistische Partei von neuem in Harnisch gerathen. Schnellig ließ sich Herr v. Broglie von einem Correspondenten des Londoner „Daily Telegraph“ über seine Auffassung der Lage ausfragen und alsbald brachte das englische Sensationsblatt eine Wiedergabe dieser Unterredung, welche den Legitimisten allerdings neue Hoffnung gab. Natürlich säumte der edle Herzog wiederum nicht, den Engländer gründlich zu desavouiren. Aber alle Welt wußte nunmehr dennoch, daß an der Broglie'schen Politik im Grunde nichts geändert war. Und nichts anderes hatte er beabsichtigt. Auch bei Beantwortung der Interpellation wird er sicherlich das eine Ziel verfolgen: die alte Zweideutigkeit bestehen zu lassen.

Inzwischen hat auch die Bildung einer macmahonistischen Partei, welche ich noch in meinem letzten Briefe anzweifeln zu müssen glaubte, ihren Anfang genommen. Wenigstens ist in Provinzialblättern ein ausführliches Programm zu diesem Zwecke veröffentlicht worden, und im Departement Haute-Vienne tritt für die dort bevorstehende Nachwahl zur Nationalversammlung zum ersten Male ein Candidat auf, der sich „résolument macmahonien“ nennt. Merkwürdigerweise steht aber dieser Mann im Geruch des Bonapartismus, wie auch Herr Raoul Duval, der bekanntlich zuerst die Fahne der Septennatpartei entfaltete, noch von Vielen für einen verkappten Bonapartisten gehalten wird. Noch merkwürdiger aber: auch Herr Rouher offenbart sich plötzlich als Stütze des Mac Mahon'schen Regimes. Allerdings aber hält er auch mit seinen Gründen nicht hinter dem Berge. „Diese Regierung,“ sagt er in einem Schreiben an ein bonapartistes Provinzialblatt, „ist eine zeitlich beschränkte, mancherlei unvorhergesehene Ereignisse können sie noch kürzer machen, ihre Kraft ist eine bedingte, fast eine ephemere; aber die Partei des Kaiserreichs hat ein Interesse daran, sie zu unterstützen, nicht aber, sie zu bekämpfen, denn sie hält die Zukunft und den endgültigen Ausdruck des Volkswillens offen.“ In der That eine Liebeserklärung von bewundernswerther Aufrichtigkeit: nur weil, und deshalb jedenfalls auch nur solange die Mac Mahon'sche Regierung den egoistischen Plänen der Bonapartisten entspricht, ist sie zu unterstützen. Und das sagt Herr Rouher, während er einige Zeilen später ausdrücklich betont, daß das Septennat nicht als Deckmantel für die ehrgeizigen Pläne und sträflichen Veräthereien der Parteien mißbraucht werden dürfe. Wenn so die Gesinnung derjenigen ist, die sich als die Vertheidiger des Septenniums aufspielen, wie müssen sich dann jene Anderen stellen, welche auf diesen Titel gar keinen Anspruch erheben! Immer wieder gelangt man zu der Einsicht, daß Mac Mahon, wenn er sicher gehen will, seine Stütze überhaupt nicht in einer parlamentarischen Partei, sondern lediglich in der Kraft der Bajonette suchen muß. Er selbst hat denn auch in der erwähnten Ansprache auf dies sein Fundament deutlich genug hingewiesen, und wenn oben drein noch Herr v. Broglie ihn gradezu einen „Imperator“ genannt hat, so haben wir zur Charakteristik der dormaligen französischen Republik nichts weiter hinzuzufügen.

Uebrigens gehen im Schooße der bonapartistischen Partei zur Zeit merkwürdige Dinge vor. Bekanntlich hat sich Prinz Napoleon (Jerome), angeblich wegen seiner prinzipiellen Abneigung gegen das Bündniß mit dem Legitimus und Clerikalismus, von dem Gros der Anhänger seines Hauses getrennt und das Banner der Demokratie, natürlich der cäsaristischen, aufgepflanzt. Nunmehr erklärte aber Rouher in dem oben erwähnten Schreiben: „Es werden seinerzeit (nach Ablauf des Septennats) nur zwei Regierungen-

formen einander gegenüberstehen: die Republik und das Kaiserreich. Die zwischen beiden liegenden Regierungsformen werden es niemals wagen, sich gegen das Verdict des Landes aufzulehnen.“ Nach diesen Worten hätte man meinen sollen, daß auch der rothe Prinz sich mit dem Rouher'schen Standpunkte versöhnen werde. Allein, soeben giebt er die kategorische Erklärung ab, daß er niemals der Anhänger einer Regierung sein werde, die nicht direkt vom Volke eingesetzt sei. Danach scheint also die Differenz zwischen Rouher und dem Prinzen darin zu bestehen, daß Jener den „appel au peuple“ auf gelegenerer Zeit, wenn nöthig, bis nach Ablauf der Mac Mahon'schen sieben Jahre aufgeschoben wissen will, während dieser die betreffende Agitation, ohne jede Rücksicht auf das Bestehende, fortzusetzen sucht. Mich dünkt, die Erklärung für diese Divergenz der Absichten wird man sehr nahe suchen müssen, nämlich in den allergewöhnlichsten persönlichen Motiven. Je älter der Sohn des dritten Napoleon wird, um so mehr verringern sich für seinen Oheim die Aussichten, seinerseits das Erbe des unglücklichen Vaters anzutreten. — Einen praktischen Versuch, zu seinem Ziele zu gelangen, wird sich übrigens der rothe Prinz wohl ebenso vergehen lassen, wie es den Anhängern des kaiserlichen Sohnes — trotz derartiger Ankündigungen englischer und sonstiger Blätter — nicht einfallen wird, denselben nach seiner demnächstigen Großjährigkeitserklärung direkt nach Paris und auf den Thron zu führen.

Der Dreißigerausschuß — man wird den Leser bei Erwähnung desselben nachgerade um Entschuldigung bitten müssen — arbeitet emsig weiter. Die Subcommission, welche sich mit der Hauptarbeit, den constitutionellen Grundlagen des Staatswesens, d. h. einstweilen des Septenniums zu beschäftigen hat, scheint sich sogar dermaßen in ihre Studien vertieft zu haben, daß sie der Außenwelt ganz vergessen hat; man hört und sieht nichts mehr von ihr. Desto mehr macht die Hauptcommission, welche das Wahlgesetz behandelt, von sich reden. Ihr hat Broglie neuerdings einen Wink gegeben, endlich einmal zum Ziele kommen zu wollen, und so hat sie es denn in zwanzig und einigen Sitzungen wirklich fertig gebracht, die Frage nach dem Modus der Abstimmung unter Ablehnung aller Amendements in Uebereinstimmung mit der, bekanntlich noch von dem Thiers'schen Justizminister Dufaure angefertigten Vorlage zu erledigen. Welche Schaar der scharfsinnigsten Vorschläge zur Verstümmelung des suffrage universel ist dabei ans Licht gebracht, um selbst von dieser Commission erbarmungslos wieder abgethan zu werden!

Man hatte eine Verquickung von Censur und indirekter Wahl in der Weise erdacht, daß die gesammte Wählerschaft eine gewisse Anzahl von Wahlmännern ernennen sollte, die dann zusammen mit einer Kategorie von Höchstbesteuerten die Deputirten zu wählen gehabt haben würden. Nachdem diese Projecte beseitigt waren, handelte es sich um die Frage: ob Beibehaltung

des sog. Listenscrutiniums oder Rückkehr zu der Einzelwahl. Offenbar hat das erstere System, nach welchem die Abgeordneten departementsweise ernannt werden, indem jeder Wähler eine Liste der von ihm gewünschten Vertreter für das ganze Departement in die Urne legt, den Nachtheil, daß die Candidaten ihren Wählern unmöglich sämmtlich bekannt sein können, die Wahlen also nach der Parteischemata gemacht werden. Dazu kommt noch die Unzulässigkeit, daß bei jeder einzelnen Ersatzwahl immer das ganze Departement zur Urne entboten werden muß. Deshalb hatte Dufaure die Einzelwahl, nach welcher jedes Arrondissement einen Deputirten ernennt, vorgeschlagen, und er befand sich Anfangs im Einklang mit den Forderungen der Conservativen. Seit der großen monarchischen Coalition hat sich aber der Sachlage etwas geändert. Bei dem Listenscrutinium können die verschiedenen monarchischen Parteien sich über eine der Stärke jeder einzelnen entsprechende Vertheilung der Mandate verständigen; bei der Einzelwahl will natürlich jede Partei den Deputirtenstiz für sich haben. Darum herrscht denn in der Rechten auch große Unzufriedenheit mit dem Beschlusse des Dreißigerausschusses. Nunmehr wird sich der letztere noch über das wahlfähige Alter, über den Modus der Feststellung des Domicils und verschiedene andere, nicht unwichtige Fragen schlüssig zu machen haben. Wenn er dieselben mit weniger langwieriger Gründlichkeit prüfen wird, so wird der Grund lediglich in einem fortwährenden Druck von oben zu suchen sein.

Brogie möchte in der That das neue Wahlgesetz möglichst bald zur Verfügung haben; es ist das Complement zum Mairegesetz. In der Durchführung des letzteren hat der Premier außs neue bekundet, daß sein Hauptkampfsobject die aufrichtig republikanische Gesinnung ist. Ueber den Unmuth, welcher aus Anlaß der schonungslosen Absezungen, namentlich derjenigen des verdienten Maires von Versailles, Herrn Rameau, laut wurde, ist er mit einer Nichtachtung hinweggeschritten, welche Louis Napoleon unmittelbar nach dem Staatsstreich alle Ehre gemacht haben würde. Und dennoch fehlt es nicht an Leuten, welche zu glauben behaupten, daß aus diesem Zustande der Dinge sich die Republik entwickeln werde!

Die ehrenwerthe Nationalversammlung müht sich noch immer in endlosen Steuerdebatten, das Deficit des laufenden Budgets auszugleichen. Beinahe wäre sie mit der Arbeit fertig geworden, da trat der leidige Carneval dazwischen und man mußte sich bis zum Donnerstag vertagen. Zuerst gelangten die den Vorschlägen des Finanzministers entgegengesetzten Gegenanträge zur Discussion. Ein Antrag Pascal Duprat's, eine Kapitalsteuer von 1 pro Mille einzuführen, welche einen Ertrag von 160 Millionen liefern würde, wurde abgelehnt, und das mit Recht: denn eine Steuer vom Kapital, d. h. eine Kapitalzerstörende Steuer ist unwirtschaftlich und darum verwerflich. Weniger

motivirt war die Ablehnung der von Rouvier beantragten Einkommensteuer. Der Antragsteller verlangte  $\frac{1}{2}$  % vom reinen Einkommen und berechnete daraus einen Ertrag von 90 Millionen. Vergebens beleuchtete er alle Vorzüge dieser Besteuerungsart, betonte namentlich die unverhältnißmäßige Höhe der Erhebungskosten bei den indirekten Steuern — man hat nun einmal in Frankreich eine unüberwindliche Abneigung, die Kosten der Staatsverwaltung direct aus dem Geldbeutel zu bestreiten. Zudem hält ja die Bourgeoisie die Einkommensteuer für communistisch. So wurde denn nicht einmal ein von Rouvier gestellter Antrag angenommen, die Frage der Einkommensteuer wenigstens der Budgetcommission zur Prüfung zu überweisen. Desgleichen wurde abgelehnt der Vorschlag Leon Say's, die zur Amortisation der der Bank von Frankreich geschuldeten Summe von 1068 Millionen bestimmte Jahresrate von 200 Millionen für fünf Jahre auf eine Baarzahlung von je 150 Mill. zu beschränken und die übrigen 50 Mill. in 1879 fälligen Schatzbons zu erlegen. Endlich verwarf die Versammlung eine von der lustigen Person des Hauses, Herrn von Vorgeril, beantragte Steuer auf hohe Hüte und Vivreemühen. Die positiven Ergebnisse der Steuerdebatte werden am besten nach dem definitiven Abschluß der letzteren zusammengefaßt. e.

## Briefe aus der Kaiserstadt.

Berlin, 15. Februar 1874.

Morgen, am lustigen Rosenmontag, beginnt der deutsche Reichstag die Verathung des Militärgesetzes, übermorgen, am Fastnachtdienstag, tritt das Herrenhaus endlich in die Discussion der Civilehevorlage, und am Aschermittwoch wird uns Herr von Kleist-Rehow eine Kapuzinerrede über den unabwendbaren Verfall aller Sitte und Ordnung halten. \*) „Armes Berlin,“ seufzt Ihr mitleidsvoll da draußen im Reich, „so mußt du in der ernsten Prosa des politischen Werkeltags die Faschingszeit vertrauern.“ Gemach ihr Freunde! Auch wir haben unsern Carneval. Ja, wer hätte es geglaubt, an der Schwelle von des 19. Jahrhunderts letztem Viertel wird morgen in der kritischen „Stadt der Intelligenz“ der erste öffentliche Fastnachtzug unternommen werden! Allerdings ein gar kühnes Beginnen, dessen Gelingen ich hiermit keineswegs verbürgt haben will. An sich ist es ja ein recht lobenswerther Gedanke, auch im kühlen Norden unseres Vaterlandes den Sinn für die echte Fröhlichkeit des Volksfestes wieder beleben zu wollen, aber für die

\*) Ist bereits zur Fastnacht gesehen.